



## SPARMASSNAHMEN

## Groß-Demo in Mainz

Über 10 000 Polizistinnen, Polizisten und Feuerwehrleute demonstrierten eindrucksvoll am 13. 2. 2003 in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz gegen die von der Landesregierung geplante Lebensarbeitszeitverlängerung. Hier einige Auszüge der Rede des Landesvorsitzenden Ernst Scharbach:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie der Süd-West-Rundfunk mitteilte, hat eine aktuelle Umfrage ergeben, dass nur 9% der deutschen Bevölkerung etwas mit dem Begriff „Rheinland-Pfalz“ anfangen können. Da hat sich Ministerpräsident Kurt Beck doch etwas Besonderes einfallen lassen:

Feuerwehrleute und Polizisten wissen jetzt, wofür Rheinland-Pfalz steht.

Rheinland-Pfalz ist die Spitze aller Bundesländer:

Spitze beim Personalabbau, Spitze beim Streichen aller Beförderungen und Spitze bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Rheinland-Pfalz ist auf dem Weg zur Opa-Polizei und zur Opa-Feuerwehr.

Das lassen wir nicht mit uns machen!

Opa-Polizei ist schlecht für die Bürger: Verbrechern nachrennen ist nichts für Omas und Opas.

Opa-Polizei ist schlecht für uns: Durch unseren harten Job



Landesvorsitzender Ernst Scharbach

haben wir uns den Ruhestand mit 60 Jahren sauer verdient.

Opa-Polizei ist schlecht für die Gesellschaft: Wir sollen län-

ger arbeiten und gleichzeitig streicht man uns 100 Ausbildungsplätze. Und das bei über 4 1/2 Millionen Arbeitslosen.

Opa-Polizei und für die Enkel keine Stelle frei.

Wir fordern: Weg mit diesem falschen Gesetz.

Wir brauchen nicht weniger, sondern MEHR Ausbildungsplätze für die Jugend!

Wir sitzen jetzt schon auf einem Berg von Überstunden. Die Schichten bei den Polizeiinspektionen sind katastrophal unterbesetzt. Die Ermittler bei

Fortsetzung auf Seite 2



Mehr als 10 000 KollegInnen auf dem Gutenbergplatz in Mainz

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>  
<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[paw-rp@gdp-online.de](mailto:paw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)



Fortsetzung von Seite 1

der Kriminalpolizei ersaufen in Vorgängen. Die Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten hetzen von Einsatz zu Einsatz. Seit

Trotzdem wurden in Rheinland-Pfalz seit 1995 600 Stellen gestrichen. Bald werden wir noch einmal 300 Polizisten weniger sein. Das machen wir nicht länger mit.



DGB-Vorsitzender Bezirk West: Dietmar Muscheid

1990 ist die Kriminalität um etwa 40% gestiegen – und besondere Sorge macht uns die rohe Gewalt der organisierten Verbrecherbanden.

Wir fordern: Rheinland-Pfalz braucht 10 000 Polizistinnen und Polizisten.

Die Landesregierung hat versucht, die Verlängerung der

„Landesgesetz zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften und über Maßnahmen zur Entlastung des Landeshaushalts“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

würdet Ihr unter diesem Titel die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Feuerwehr und Polizei suchen?

Selbst die meisten Landtagsabgeordneten wussten bis zum Tag der Landtagssitzung nicht, was sich hinter diesem Titel versteckt. Wir haben mit einer Mahnwache vor dem Landtag reagiert und die Parlamentarier wachgerüttelt und sie unmissverständlich an ihre Verantwortung für die Entscheidungen des Parlaments erinnert ...

... Das deutsche Beamtenrecht ist aus europäischer Sicht ein Unikum der deutschsprachigen Länder. Manche meinen ja, dass die Arbeitgeber mit ihren Kürzungsplänen das Beamtenrecht 'aushöhlen'.

NEIN! Ich sage: Im Gegenteil: Die Politiker wenden das Beamtenrecht AN!

Gehalt per Gesetz festgelegt werden.

Wir wollen die gleichen Rechte wie Arbeiter und Angestellte.

Wir wollen gemeinsame Tarifverhandlungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Wir sind es satt, durch die Arbeitgeber wie unmündige, dumme Kinder behandelt zu werden.

Wir fordern volle Verhandlungs- und Streikrechte!

... die Politiker machen Politik gegen die kleinen Leute und wundern sich, wenn die Arbeitnehmer sie nicht mehr wählen. Die Politiker senken für die Reichen die Steuern und wir sollen die Zeche zahlen.

Was soll der Schwindel mit der Öffnungsklausel?

Was soll der abartige Schwindel mit der ständigen Abkoppelung von den Lohnerhöhungen?

Was sollen die geplanten Verschlechterungen bei der Krankenversicherung?

Ihr treibt es zu bunt. Pfui – schämt euch!

Und um uns dumm zu quatseln, haben sie sich ein schönes Argument zurechtgelegt:

„Ihr habt doch einen sicheren Arbeitsplatz!“

Das zeigt doch nur, wie erbärmlich wenig Ahnung die Arbeitgeber von unserem Beruf haben.

Wir lassen uns nicht weiter für dumm verkaufen.

Wir sind das Volk!

## Deutsche Polizei

### Ausgabe:

Landesbezirk Rheinland-Pfalz

### Geschäftsstelle:

Nikolaus-Kopernikus-Straße 15

55129 Mainz

Telefon (0 61 31) 96 00 90

Telefax (0 61 31) 9 60 09 99

Internet: <http://www.gdp-rp.de>

E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

### Redaktion:

Jürgen Moser (v.i.S.d.P)

Polizeipräsidium Westpfalz

67621 Kaiserslautern

Telefon (06 31) 3 69 23 13

Telefax (06 31) 3 69 23 14

E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE

POLIZEILITERATUR GMBH

Forststraße 3 a, 40721 Hilden

Telefon (02 11) 71 04-1 83

Telefax (02 11) 71 04-2 22

Anzeigenleiter: Michael Schwarz

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28

vom 01. 01. 2002

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien

Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Postfach 14 52, 47594 Geldern

Telefon (0 28 31) 3 96-0

Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



Opa-Polizei

Lebensarbeitszeit in einer geheimen Mogelpackung durch das Parlament zu peitschen. Im Januar wurde die Änderung des Landesbeamtengesetzes eingebracht, versteckt unter dem Titel – ich zitiere:

Wir müssen uns von der Fessel des Beamtenrechts endlich befreien!

Es gehört in den Müllhaufen der Geschichte!

Wir sind es satt, dass unsere Arbeitsbedingungen und unser

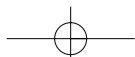
Anzeige

## Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

**PSW-Reisen**  
Rheinland-Pfalz GmbH

06131 - 9600923



SPARMASSNAHMEN

# Kritik der CDU-Fraktion

Eigentlich stand ein Gedankenaustausch zum Programm – **GdP. Wir gestalten Zukunft! Polizei 2014** – zwischen den CDU-Abgeordneten Hörter, Kohnle-Gros, Schnabel, Lammert und Baldauf und Mitgliedern des geschäftsführenden GdP-Landesvorstandes auf der Tagesordnung. Ausführliche und sehr intensive Diskussionen zur Giftliste der Sparauflagen der rheinland-pfälzischen Landesregierung prägten allerdings das Gespräch. Die GdP-Delegation – Scharbach, Gabler, Remmet und Knerr – kritisierten heftig die politischen Vorhaben der SPD-/FDP-Landesregierung. Die geplanten Veränderungen der Lebensarbeitszeit bei Polizistinnen und Polizisten, die Reduzierung der Neueinstellungen um einhundert Stellen oder aber die bereits verabschiedeten Beihilfeveränderungen sind nur einige Beispiele, die derzeit die Polizeibeschäftigten erheblich treffen.

GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach stellte dar, dass die GdP die Gespräche zur Politik sehr intensiv suche aber gleichzeitig auch ein umfangreiches Aktionsprogramm zum Widerstand gegen die geplanten Verschlechterungen auflegen wird. Die GdP werde entschiedenen Widerstand mit Sachargumenten aber auch mit einer ganzen Reihe von Aktionen leisten. Die GdP sei, nicht nur auf Landesebene, sehr kämpferisch eingestellt und werde versuchen, ihren Protest auch auf der Straße mit ausgefeilten Aktionen darzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen über die politischen Vorhaben und deren Auswirkungen auf die innere Sicherheit informiert werden. Man muss in Rheinland-Pfalz begreifen lernen, was es bedeute, Omas und Opas auf die Straße zum Schutz der Bürger arbeiten zu lassen, so Scharbach weiter. Die Reduzierung der Neueinstellungen werde sich drastisch auf die Personalsituation und damit auf die innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz auswirken.

Die CDU-Abgeordneten informierten sich über die Auffas-

sung der GdP zur Verlängerung der Lebensarbeit von Polizistinnen/Polizisten. Heinz-Werner Gabler betonte, dass die beruflichen Belastungen im Polizeibereich in den bestehenden Rechtsregelungen mit einer Ruhestandsversetzung mit dem 60. Lebensjahr durch die GdP akzeptiert sind. Es gäbe sogar Vorschläge dahingehend, den Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst (WSD) einen gewissen Bonus zur frühen Ruhestandsversetzung anzurechnen. Dies würde nach Auffassung der GdP den besonderen Belastungen des Polizeidienstes (WSD) gerecht werden. Der vorliegende Gesetzentwurf berücksichtigt gerade die extremen Belastungen des mannigfachen Polizeiberufes nicht. Das politische Vorhaben der SPD- und FDP-Landtagsfraktionen, die Lebensarbeitszeit der Kolleginnen und Kollegen zu verlängern, zeige nicht nur rechtliche sondern auch sachliche Fehler auf.

Mit dem Versuch der Anrechnungen von 25 Wechselschichtjahren würde der Gesetzentwurf zwar den Versuch unternehmen, besondere Belastungen zu berücksichtigen. Andere Tätigkeiten in der Polizei mit hohem Stress- und Konfliktpotenzial bleiben aber unberücksichtigt. Die Palette reiche hier vom Sachbearbeiter bei S und K, dem SEK'ler, MEK'ler bis hin zum Bereitschaftspolizisten. Besondere Belastungseffekte könnten nur durch wissenschaftliche Untersuchungen definiert werden.

Die CDU-Fraktionspolitiker sehen es ebenso wie die GdP für einen arbeitsmarktpolitischen Fehler an, die Altersgrenzen, orientiert an den Laufbahngruppen zu verändern. Nach gemeinsamer Bewertung dient dieser Vorstoß der SPD-/FDP-Fraktion nur zu einer Kosmetik einer drastischen Personalreduzierung. Vielleicht kalkuliert man auch damit, dass die Kolleginnen und Kollegen mit dem 60. Lebensjahr per Antrag in Ruhestand gehen und Versorgungsabschlüsse in Kauf nehmen.

## SPARGEDANKEN SIND HALT SO!

Ein klares – **Nein: zu den Einstellungsreduzierungen** formulierte die Runde auch. MdL Hörter bezeichnete es als einen riesigen Rückschritt der Landesregierung, die Einstellungszahlen nach einer Aufstockung auf dreihundert Studierende im Haushaltsjahr 2002 nun auf zweihundert zu reduzieren. Innere Sicherheit als Eckpfeiler sozialliberaler Landespolitik zu formulieren wäre das Wahlversprechen im Landtagswahlkampf gewesen. Aktuell werden die Fakten aber anders gestrickt, so Hörter weiter. Die Abgeordnete Kohnle-Gros führte aus, dass diese Politik der Landesregierung das Sicherheitsbedürfnis der Bürger mittel- und langfristig tief ins Mark trifft. Hierzu werde die CDU-Fraktion im Landtag in der Haushaltsgesetzgebung nicht ihre Zustimmung geben.

Nach Auffassung von Helmut Knerr sind die damit verbundenen Auswirkungen auf den Ausbildungsbereich und auf die Behörden und Einrichtungen nicht bedacht. Was gestern noch bei der Landespolizeischule an Ausbildungskonzeptionen für das polizeiliche Studium und die Aufstiegsausbildung mit viel Engage-

ment und polizeilichem Herzblut vorbereitet wurde, ist schon wieder durch diese Einstellungspolitik gefährdet. Er befürchtet auch schlimme Auswirkungen für die Auslastungen der Standorte der Bereitschaftspolizei. Durch die Auslagerung von Ausbildungskapazitäten in den letzten Jahren vom Hahn nach Wittlich-Wengeroth und Enkenbach-Alsenborn, wurden dort intensive Renovierungsarbeiten durchgeführt, in die viele Euros an Steuergeldern gesteckt wurden. Hier sieht er das Problem, dass die Standorte keine Auslastungen mehr erfahren könnten. Geringere Einstellungszahlen und reduzierte ASA-Lehrgänge könnten sicherlich auf dem Hahn absolviert werden. Dies hätte sicherlich auch Folgen für die Beschäftigten in den Bepo-Standorten. Nach Bewertung der Gesprächsrunde gilt es dies zu verhindern.

Die „Peitschenaktion“ zur Veränderung der Beihilfevorschriften (13% Euro-Zahlung für Wahlleistungen und Kostendämpfungspauschale) wurde ebenfalls im Gesprächsverlauf insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Beihilfeberechtigten verdeutlicht.

Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.

## JUNGE GRUPPE





# Mahnwache vor dem Mainzer Landtag



Unterstützung durch die Feuerwehr



Frau Friedel Grützmaker  
(Die Grünen),



Christoph Böhr,



Heinz-Werner Gabler  
im Gespräch mit  
Kaiserslauterner  
Kollegen und . . .

und ver.di!



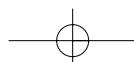
Herbert Jullien und  
Marlies Kohnle-Gros (CDU)  
im Gespräch mit Kollegen



. . . mit Frederike Eble, SPD



Gemeinsam sind  
wir stark!



PP WESTPFALZ

# Neuer Leiter Polizeieinsatz

Polizeidirektor Hans Maaßen hat am 15. Januar 2003 seinen Dienst als neuer Leiter PE und Abwesenheitsvertreter des Behördenleiters beim Polizeipräsidium Westpfalz angetreten. Er löste damit den Leitenden Kriminaldirektor Franz Leidecker ab, der als Leiter PE zum PP Trier wechselte. Der Einladung zu einer Tasse Kaffee folgten Bezirksgruppenvorsitzender Jürgen Moser und sein Vertreter Karl Kauf, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates, gerne um sich gegenseitig bekannt zu machen.

GdP-Mitglied Hans Maaßen ist 51 Jahre alt, verheiratet, hat eine erwachsene Tochter und wohnt in Ludwigshafen-Ruchheim.

Er wurde 1969 in Wittlich-Wenrohr eingestellt und nach seiner



Karl Kauf (links) im Gespräch mit Hans Maaßen

Foto: Moser

Ausbildung in Maxdorf, Wittlich, und Hassloch in unterschiedlichen Funktionen verwendet. Seit 1989 im höheren Polizeidienst war er

als Stellvertretender Leiter der Schutzpolizei beim PP Ludwigshafen, als Leiter der Vollzugspolizei des Kreises Ludwigshafen und

als Leiter der Polizeidirektion Ludwigshafen tätig.

Stellvertretender Leiter der Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz war Hans Maaßen von 1996 bis zu seinem Dienstantritt beim Polizeipräsidium Westpfalz. Er war immer um eine gute Zusammenarbeit mit Berufsvertretungen und Personalräten bemüht und wird auch in seiner neuen Funktion alles tun, was für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit notwendig ist. Karl Kauf und Jürgen Moser versprachen das ihnen mögliche dazu beizutragen, dass Personalräte und Behörde gedeihlich zum Wohle aller zusammenarbeiten können.

Die GdP wünscht Kollegen Maaßen in seiner neuen Funktion alles Gute und eine glückliche Hand.

FRAUENQUOTE

# Versetzungen nach Trier und Westpfalz

Die Entscheidung des Innenministers, eine Frauenquote bei den Versetzungen in den Bereichen Trier und Westpfalz zu berücksichtigen, führte in den Dienststellen des Rheingrabens, PP Koblenz, Mainz und Rheinpfalz zu erheblicher Verärgerung.

Die Gewerkschaft der Polizei und mit ihr der Hauptpersonalrat lehnten seinerzeit die „Frauenquote“ aus guten Gründen ab.

Trotzdem wird seit dieser Zeit bei den Versetzungen in die besagten Bereiche jeweils 1/3 des Versetzungskontingentes für unsere Kolleginnen „reserviert“. Dadurch kam es natürlich zu erheblichen Verwerfungen. Während im Jahre 2002 bei den Männern der Jahrgang 1979 aufgerufen wurde, war es bei den Frauen der Jahrgang 1989.

Am 5. September 2002 hatte die GdP zu einer zentralen Veranstaltung nach Schweich aufgerufen! Dort wurde sichtbar, wie groß der Frust bei den Kollegen

mittlerweile angewachsen ist. 130 Kollegen nahmen an der Veranstaltung mit den örtlichen Landtagsabgeordneten teil und sprengten damit die Raumkapazität.

Anschließend forderte Ernst Scharbach in einem Schreiben an den Innenminister die Abschaffung der Frauenquote, die Verminderung der Einstellungszahlen bei den Westpräsidien sowie die Erstellung und Veröffentlichung einer Versetzungsliste.

Der Innenminister antwortete mit Schreiben vom 13. November 2002 wie folgt:

*Nachdem die Landesregierung beschlossen hatte, ab dem Jahr 1987 auch bei der Schutzpolizei Frauen einzustellen, war dieser Umstand bei künftigen Versetzungen angemessen zu berücksichtigen. Es hat sich jedoch sehr schnell gezeigt, dass nach den bisherigen Versetzungsmodalitäten der Einsatz von Frauen auf Jahre hinaus auf die Polizeipräsidien Koblenz, Mainz und Rheinpfalz*

*beschränkt bleiben wird. Damit würde aber die Intention des seinerzeit gefassten Beschlusses, nämlich Polizeibeamtinnen „flächendeckend“ bei allen Polizeidienststellen des Landes einzusetzen, unterlaufen. Diese Erkenntnis führte dazu, dass erstmals für das Jahr 2000 ein sog. „Zwei-Säulen-Modell“ geschaffen wurde, um sicherzustellen, dass der Frauenanteil auch bei den Polizeipräsidien Trier und Westpfalz kontinuierlich erhöht werden kann. An dieser Praxis beabsichtige ich so lange festzuhalten, bis dort eine den dienstlichen Belangen entsprechende Personalausstattung mit Frauen erreicht wurde...*

Die GdP-Forderung nach der Reduzierung der Einstellungszahlen hat der Minister indirekt beantwortet, in dem er, die Einstellungszahlen von 300 auf 200 und somit die Zahlen für den Bereich Trier (14) und für die Westpfalz (17) gesenkt hat. Zur Versetzungsrangliste äußerte sich

der Minister ebenfalls negativ und führte den hohen Verwaltungsaufwand und eine sehr starke Selbstbindung für die Verwaltung als Ablehnungsgrund an.

Trotz des negativen Ausgangs unserer derzeitigen Bemühungen wird die GdP weiterhin für ihre Mitglieder am Ball bleiben. **Abfinden** kann man sich mit dieser Regel gerade auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit **nicht**.

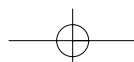
Anzeige

**Neues Auto?**

Günstige Konditionen  
beim

**Polizeisozialwerk**  
Rheinland-Pfalz GmbH

06131 - 9600923





## Aus dem HPRP

Das ISM teilte dem HPRP die Entscheidung der Landesregierung mit, dass im Jahr 2003 alle **Beförderungen** ausgesetzt werden. Der HPRP lehnt die Entscheidung als weiteren Anschlag auf die Motivation der Beschäftigten ab.

Der **Landesrechnungshof** teilt mit, dass er die Sachbearbeiter Einsatz und Technik in seine Überprüfung der Verwendung von Polizeibeamten in Verwaltungsfunktionen (wg. **Polizeizulage**) einbeziehen wird.

Das ISM hat entschieden, dass von den Polizeibehörden und -einrichtungen für 20% der antragsberechtigten BeamtenInnen **Altersteilzeit** genehmigt werden kann. Die LDI (früher DIZ) wurde vom ISM beauftragt, unter Beteiligung der betroffenen **Polizeiwerkstätten** Kataloge für die Vereinheitlichung der Materialbe-

zeichnungen für das System SAP R3 zu entwickeln.

Der Entwurf der VV über die **Abfindung bei Einsätzen und Übungen** der Polizei, die seit 1985 nur noch sinngemäß angewandt wurde, ist neu entworfen. Ab 2001 wurde den Präsidien die Möglichkeit zur Beschaffung der Einsatzverpflegung in Eigenverantwortung übertragen. Zunächst sind die Behörden und Einrichtungen zur Stellungnahme aufgefordert. Der **Landesrechnungshof** beginnt ab Februar 2003 mit der Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der **ZPT**.

Die Zahl der **Einsatztrainer**, die zur Unterstützung der LPS zeitweilig das Grundlagentraining unterstützen sollten, reduziert sich wegen der verminderten Einstellungszahlen auf 7 (KO:2, MZ, RP, WP, TR und BP jeweils 1).

Der veränderten Generalerichtungsanordnung „**Alarmierungsdatei**“ stimmte der HPRP zu. Das ISM folgte dem HPRP in den Bedenken gegen die zwangsweise Auswertung der **Videobänder in Streifenwagen** nicht. Der HPRP hat beschlossen, die Rechtsfragen „Videoüberwachung am Arbeitsplatz“ von einem Gutachter klären zu lassen. Breiten Raum nahm die Diskussion mit LMR Rainer Kuhn und Günter Doppler über die Neuordnung des „**Ausstattungsolls in der Bekleidungs-wirtschaft**“ und die VV „**Dienstkleidung und Bekleidungs-wirtschaft**“ ein. Koll. Bernd Becker brachte die Forderung der Kollegen aus der Kripo nach besonderen Bekleidungsstücken ein. Helmut Knerr formulierte Änderungswünsche aus Sicht der Bereitschaftspolizei. Alfons Meyer brach-

te für den Einzeldienst die Erfahrungen aus dem Pilotversuch Webshop des PP Trier in die Diskussion ein. Den Anregungen des HPRP konnte das ISM weitgehend folgen. Weitergehende Wünsche werden in der Bekleidungskommission beraten. Die VV wird noch einmal überarbeitet; sie dient in der jetzigen Veröffentlichung als Anhalt. Weiteres Thema war die Einführung der **Kostenstellenrechnung**. Herr Kuhn erläuterte noch einmal eindrucksvoll die Entstehungsweise der KSR. Man sei sich bewusst, dass zunächst Mehrarbeit verursacht werde, könne sich aber den Anforderungen der Kostentransparenz nicht entziehen. Der HPRP bleibe in die Weiterentwicklung eingebunden.

*Dieter Kronauer (Arbeiter),  
Annemarie Grindel (Angestellte),  
Ernst Scharbach (Beamte)*

## GdP-INITIATIVE

# Schutzkleidung für die Kriminalpolizei

Eine Erhebung des Fachausschusses Kriminalpolizei in der GdP hat es gezeigt: Die Bemühungen der Landesregierung um die Verbesserung der Ausstattung mit Schutzkleidung bei den Beschäftigten der Kriminalpolizei finden im Land durchaus Anerkennung. Auch die – der Vorschrift folgende – Ausstattung mit belüfteten Helmen für die Arbeit an Brandorten wird grundsätzlich gelobt. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass eine ausreichende Ausstattung mit den dazu gehörenden „Gebläseeinheiten“ nicht erfolgt ist. Positiv wird auch zur Kenntnis genommen, dass für einzelne Ermittlungsbeamte (K/11 pp.) die Möglichkeit eröffnet wurde, Schutzkleidung zuzuweisen. In 17 detaillierten Rückmeldungen von den verschiedensten Dienststellen wird allerdings die Einschätzung des Fachausschusses bestätigt: Nahezu flächendeckend

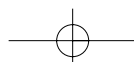
ist eine zusätzliche Ausstattung mit Schutz- und Wetterkleidung geboten.

Für die zahlreichen Beamtinnen und Beamten, die im täglichen Dienst, in Einsätzen oder im Rahmen der Rufbereitschaft an Tatorten, Brandorten, bei Vermisstensuchen und sonstigen Gelegenheiten Wind und Wetter ausgesetzt sind, ist es nach Wegfall der „Kleidergeldpauschale“ nicht mehr zumutbar, hochwertige private Schutzkleidung dem schleichenden Verschleiß, der Wertminderung und der Zerstörung auszusetzen. Deshalb wird, vor allem für Kriminalbeamt/innen der Dauerdienste und solche, die Bereitschaftsdienste versehen, zumindest der Bedarf für eine Wetterschutzjacke aus Funktionsmaterial mit herausnehmbarem Wärmefutter gesehen. Aus der Umfrage gehen interessante Differenzierungen hinsichtlich der

Frage, ob es sich um eine Jacke mit oder ohne Polizeiaufschrift handeln sollte, hervor.

„Es ist polizeilicher Alltag“, so GLV-Mitglied Bernd Becker im Auftrag des FA-K in einem Schreiben an den Hauptpersonalrat, „dass in den Dauer- oder Bereitschaftsdiensten der Kriminalpolizei jede und jeder Beschäftigte mit Brandermittlungen, Todesermittlungen, Umweltermittlungen oder mit Vermisstensuchen konfrontiert wird. Zahllose andere Gelegenheiten sind vorstellbar, bei denen das Tragen von Schutzkleidung sinnvoll ist, beispielsweise bei der Durchsuchung von Betrieben oder verwahrlosten Anwesen“. Es spreche deshalb vieles dafür, über eine Wetterschutzjacke hinaus an einen festzulegenden Personenkreis weitere Schutzkleidung, wie Sicherheits-Schnürstiefel, Overalls und/oder Überziehhosen

zuzuweisen. In der mit dem Hauptpersonalrat abgestimmten Vorgehensweise wird die GdP-Erhebung den zuständigen Stellen im ISM zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, das „Ausstattungsoll“ in dieser Hinsicht fortzuschreiben. Gegebenenfalls könnten schon vorab alle Kolleginnen und Kollegen, die Dauer- oder Bereitschaftsdienste versehen, denjenigen gleichgestellt werden, die bereits jetzt als Angehörige des K/11, K/7 etc. bei Bedarf eine Wetterschutzjacke empfangen können. Ein besonders drängendes Problem hebt die GdP hervor: Die Kolleginnen und Kollegen der Verhandlungsgruppe müssen dringend mit Schutzwesten ausgestattet werden, appelliert der Fachausschuss an den Dienstherrn. Bei „face-to-face-Verhandlungen“ bestehe oft allerhöchste Gefährdung für die eingesetzten Kollegen.



Anzeige

# Saab 93

## Sport-Limousine



## Holen Sie sich das pure Fahrvergnügen!

Der neue Puls-Beschleuniger in der Premium-Mittelklasse

### Serienausstattung (Auszug)

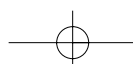
- \* 15" Leichtmetallfelgen
- \* Elektronisches Stabilitätsprogramm (ESP),  
Traktionskontrolle (TCS)
- \* Klimaanlage
- \* Audiosystem, 70 Watt, 4 Lautsprecher
- \* Einlenkende Hinterachse Saab ReAxs
- \* 6 adaptive Airbags, aktive Kopfstützen vorn
- \* Service-Intervall 30.000 km

### Turbomotoren

- \* 1.8t, 110 kW (150 PS)
- \* 2.0t, 129 kW (175 PS)
- \* 2,2TiD, 92 kW (125 PS)

## Super Konditionen beim

Telefon: 061 31-9 60 09-20



# Neuwahlen und Ehrungen

Am 9. 12. 2002 fand im PP Mainz eine Mitgliederversammlung der Kreisgruppe statt, bei der ein neuer Vorstand gewählt wurde. Darüber hinaus standen noch einige Ehrungen für langjährige GdPler an. Der alte Vorstand hatte im Vorfeld zu den Wahlen eine Vorschlagsliste erarbeitet, die von Thomas Will als gewähltem Verhandlungsleiter der Runde vorgestellt wurde. Aus den Reihen der Mitglieder gab es dazu keine Gegenvorschläge. So wählte die Versammlung den Kollegen **Burkhard Busch** wieder zum KG-Vorsitzenden, als Vertreter wurden die bisherigen Kollegen **Berthold Reinert, Jürgen Rinner** und **Michael Schweikhard** gewählt. Markus Kaiser stellte sein Amt als Kassierer zur Verfügung, dieses Amt wird nunmehr durch den Kollegen **Hans-Peter Jung** wahrgenommen. Für die Schriftleitung stellte sich wieder **Anne Knewitz** zur Verfügung. Bewährte Mitarbeiter als stellvertretende Kassierer und stellvertretende Schriftführer in persona **Markus Kaiser** und **Frank Beatzel** arbeiten weiterhin mit. Bei einer KG dieser Größenordnung soll auch jede Sparte vertreten sein. Daher wurden nachfolgende Beisitzer gewählt:

Kriminalpolizei: **Hans-Peter Jung**; Angestellte: **Anne Knewitz** (sie stellte sich zur Verfügung, da

unser Mitglied Jürgen Knewitz, ihr Ehemann, krankheitsbedingt in den Ruhestand versetzt wurde); Arbeiter: **Harald Posselmann**; JUNGE GRUPPE: **Stefan Walther**; Frauen: **Christa Wilms**; Landesvorstand: **Ernst Scharbach**; VD: **Reinhard Ueding**; PAST Gau-Bickelheim: **Ingo Schütte**; PAST Heidesheim: **Ralf-Peter Beitz**; PE: **Markus Beitz**; PV: **Willi Goten**; ZKI: **Bernd Dürfeld**; RKI: **Wilfried Göbler**; PI 1: **Wolfgang Hoes**; PI 2: **Hubert Hayer**; PI 3: **Frank Heuckeroth**; PI Ingelheim: **Jürgen Hilf**; PI Oppenheim: **Wolfgang Nüblein**; ISM: **Wilfried Martin**; Pensionäre: **Otto Bertram**.

Von den zu Ehrenden waren leider nicht alle erschienen, hatten sich aber entschuldigt. Wir verfolgen sie aber bis nach Hause, ebenfalls mit Urkunde, Nadel und Weinpräsent bewaffnet.

Für 25-jährige Treue wurden **Stefan Baumann, Horst-Gerhard Dehmel, Christa Wilms, Ulrich Hübner**, alle PI Oppenheim; **Alfred Dexheimer**, PAST Gau-Bickelheim; **Bernd-Udo Diehl, Helgo-Wolfgang Schaser**, PAST Heidesheim; **Roland Hill**, PW Wörrstadt; **Manfred Klein**, PI 2; **Norbert Kramer**, FZ; **Irmtraud Rockert**, PI 3; **Fritz Schramm**, PD Mainz; **Willi Stillemunke**, Pensionär; **Eberhard Werner**, Abt. 4; **Dieter Zanto**, KG geehrt.

Für 40-jährige Treue wurden geehrt: **Burkhard Busch**, Pers.R.; **Wilfried Göbler**, KD; **Gebhard Hunathey**, PI Oppenheim; **Wolfgang Tratschitt**, VD; **Rolf Klarner, Dieter Muschiol, Dieter Rückheim, Fritz Streicher, Klaus Velten, Michael Leistler**, alles Pensionäre.

Thomas Will ließ sich über folgende Themen in seinem Referat aus: Rechtsschutz; Polizei 2014;

Beitragszahlung; Öffentlicher Dienst – Nullrunde, Streichungen bzw. Kürzungen z. B. Weihnachtsgeld usw.; Personalkürzungen und vieles mehr. Betroffenheit machte die Runde, nicht nur bei den Mitgliedern sondern auch bei PP Franz Kirchberger und LPD Wolfgang Erfurt (beide wohnten der Versammlung bei).

*Anne Knewitz, Schriftführerin*

## KG BEPO SCHIFFERSTADT

# Tischtennisturnier

Die GdP Kreisgruppe Bepo Schifferstadt hatte zu einem Tischtennisturnier in den Räumen der 13. BPH/E eingeladen. Nach einem kräftezehrenden Turnier und der anschließenden Siegerehrung, bei der die Gewinner mit Präsenten der Kreisgruppe ausgezeichnet wurden, gab es ein gemütliches Beisammensein. Bei heißem Glühwein und deftiger Gulaschuppe stärkten sich die Tischtennispieler und GdP-Freunde und diskutierten bis zum späten Abend über aktuelle Themen.

Dank der organisatorischen Unterstützung der GdP Kreis-

gruppe und der Initiative vieler freiwilliger Helfer, konnte in der Vorweihnachtszeit doch noch eine Jahresabschlussfeier durchgeführt werden.

Die Kreisgruppe beteiligte sich sehr stark an der Organisation und der Beschaffung von Equipment für einen gelungenen Abend im Standort Schifferstadt.

Bis in die frühen Morgenstunden wurde in der GdP-Sekt-Bar getanzt und gefeiert.

Ein schöner Abend, der den Gemeinschaftssinn des Standortes Bereitschaftspolizei Schifferstadt, auch dank der GdP-Kreisgruppe, stärkte.

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

**Breitinger Klaus Jürgen**, PP/PD Mainz, Jan. 03  
**Fischer Manfred**, Ww/Rhein-Lahn, Febr. 03  
**Besslich Manfred**, PD Kaiserslautern, Febr. 03  
**Schmitt Alfons**, PD Kaiserslautern, Febr. 03  
**Gewehr Hermann**, PP/PD Koblenz, Febr. 03  
**Michel Reinhard**, PP/PD Koblenz, Febr. 03  
**Weitershagen Josef**, Ww/Rhein-Lahn, Febr. 03  
**Dessloch Gunter**, PD Pirmasens, Febr. 03  
**Pooch Egbert**, PD Worms, Febr. 03  
**Paulzen Christel**, PP/PD Koblenz  
**Benz Renate**, PP Trier, Jan. 03  
**Warken Angela-Monika**, PP/PD Koblenz, Jan. 03  
**Gerasch Sigrid**, PD Kaiserslautern, Jan. 03

## STERBEFÄLLE

Peter Eck  
 Bepo Mainz, 42 Jahre

Renate Kerrutt  
 PP/PD Koblenz, 72 Jahre

Klaus Zimmer  
 Bepo Mainz, 61 Jahre

**Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.**

